

Substanzielles Protokoll 134. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Juli 2012, 20.30 Uhr bis 23.02 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Marlène Butz (SP), Markus Kunz (Grüne), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 6. | 2012/206 | Weisung vom 23.05.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012 | STR |
| 7. | 2011/16 | Weisung vom 01.02.2012: Volksinitiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!», Umsetzung und Gegenvorschlag | FV |
| 8. | 2012/128 | Weisung vom 28.03.2012: Liegenschaftsverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung | FV |
| 9. | 2012/201 | Weisung vom 16.05.2012: Liegenschaftsverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg- Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft GEWO BAG | FV |
| 10. | 2008/71 | Weisung vom 29.02.2012: Motion der Grüne-Fraktion betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, Bericht und Abschreibung | STP |
| 11. | 2012/111 | Weisung vom 21.03.2012: Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 und einmaliger Umzugsbeitrag | STP |

Mitteilungen

Markus Knauss (Grüne) stellt den Antrag, die Behandlung von TOP 10, GR Nr. 2008/71, «Weisung vom 29.02.2012: Motion der Grüne-Fraktion betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, Bericht und Abschreibung» abzusetzen, falls die Behandlung erst nach 23.30 Uhr stattfinden sollte.

Der Rat stimmt dem Antrag von Markus Knauss (Grüne) mit 102 gegen 1 Stimme zu.

Der Ratspräsident Albert Leiser (FDP) behält sich damit vor, TOP 10 zu behandeln, sollte die Beratung noch vor 23.30 Uhr möglich sein.

Persönliche Erklärung:

Dominique Feuillet (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Gestaltung der Ratsdebatte zu den Zusatzkrediten I. Serie 2012.

Geschäfte

2929. 2012/206 Weisung vom 23.05.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 133, Beschluss-Nr. 2929/2012).

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Diese Stelle braucht es nicht. Streichen Sie die 80 800 Franken.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die eidgenössische Lärmschutzverordnung verlangt die Sanierung von Strassen, die mit übermässigem Lärm belastet sind. In der Stadt Zürich wohnen 130 000 Leute an Strassen, an denen der Grenzwert dauernd überschritten wird. Die Koordination dieser schwierigen Aufgabe wird zurzeit mit 6,8 Stellen gestemmt. Eine Stellenaufstockung um eine Stelle ist zu begrüßen, nicht zuletzt aus Kostengründen; bis zum 31. März 2018 zahlt der Bund 25 % an die Sanierungsmassnahmen. Daher wäre es sehr kurzfristig gedacht, im Jahr 2012 um des Sparens willen 80 800 Franken zu sparen.*

Weitere Wortmeldung:

Marina Garzotto (SVP): *Viele Strassen in Zürich sind mit übermässigem Lärm belastet, aber nicht erst seit heute. Seit vielen Jahren wird daran gearbeitet, den Strassenlärm in den Griff zu bekommen – teils mit Erfolg, teils mit Verschiebungen des Lärms in andere Quartiere. Uns leuchtet nicht ein, warum jetzt plötzlich eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll, um dieses Problem zu lösen.*

| | | | | |
|------------|--|---|------------|--|
| S. 7 | 30 3045 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000 | Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge | | |
| 11) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 69 500 5 200 6 000 100 | Mehrheit | Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 80 800 | | |
| | Begründung | Die Stelle braucht es nicht | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Öffentliche WCs müssen bestimmt oft gereinigt werden. Das Vorhaben erscheint uns aber viel zu teuer. Wir sind überzeugt, dass es auf diesem Gebiet günstigere Anbieter gibt, und dass mit dem bereits vorhandenen Personal effizienter gearbeitet werden könnte. Gut verstehen wir, dass der Fernheizungskanal an der Herdernstrasse ersetzt werden muss, und die Offerte erscheint uns nicht überrissen zu sein. Deshalb lehnt die SVP nur einen Teil dieses Zusatzkredits ab. Die 110 000 Franken für den Heizungskanal möchten wir ausgeben, den Rest lehnen wir ab.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die RPK hat das Protokoll dieser Offertöffnung erhalten und Rückfragen gestellt. Ausser der SVP hat allen eingeleuchtet, dass unter den 13 Bewerbungen das Angebot der gammaRenax AG am vorteilhaftesten ist.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Für Unternehmen ist es eine grosse Herausforderung, an einer öffentlichen Ausschreibung teilzunehmen. Die in Frage stehende Ausschreibung ist sauber abgelaufen. Es wäre nicht gewerbefreundlich, wenn sich das Parlament in die Details von Submissionsverfahren einmischen würde. Ein solcher Ansatz ist grotesk und nicht nachvollziehbar.

Roger Liebi (SVP): Die Offerten beweisen, dass es deutlich günstigere Angebote gab. Insofern ist es legitim, dass eine Partei auf das Vorhandensein günstigerer Möglichkeiten hinweist. Die Frage, wie diese Angebote gewertet werden, ist eine andere, das angewandte Punktesystem dürfte aber kaum über alle Zweifel erhaben sein.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die SVP hat nur den Preis, nicht aber die Gewichtung betrachtet. Anders ist ihr Antrag nicht zu erklären.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|---|
| S. 8 | 30 3045 3141 0000 | Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV | | |
| 12) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 240 000 | Mehrheit | Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 110 000 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 130 000 | | |
| | Begründung | Günstigeres Angebot berücksichtigen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Die Suva verlangt die – sicher wichtigen – Kontrollen nicht erst seit jetzt. Das Personal der Stadt Zürich hätte von Anfang an auf die Wartung und Reparatur der komplizierten Schiebetüren geschult werden müssen. Die technischen WCs sind nicht nur für unsere behinderten Mitmenschen ein Horror. Alle Benutzerinnen und Benutzer sterben fast vor Angst in einem solchen «Techno-WC», wo die Türe zu früh oder gar nicht mehr aufzugehen droht. Die WCs sind keinen Zusatzkredit wert, denn die Aufgabe besteht schon seit längerer Zeit. Würden vorübergehend externe Leute diese Arbeit machen, würden wir diese nie mehr loswerden, was wieder eine hohe Dauerausgabe generieren würde.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ich dachte eigentlich, es gehe um Erdgas Zürich. Die 190 000 Franken wären für Dienstleistungen Dritter vorgesehen, für ein Energie-coaching. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag der SVP ab.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 9 | 30 3045 3180 0000 | Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 13) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 190 000 | Mehrheit | Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 190 000 | | |
| | Begründung | Braucht es nicht, selbstverschuldet | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Städtekonferenz Mobilität braucht es nicht, eine Mitgliedschaft in einem weiteren Gremium ist nicht nötig. Wichtiger ist es, dass der Kanton die Interessen der Stadt Zürich vertritt. Der Zusatzkredit über 11 000 Franken kann und muss abgelehnt werden.

Florian Utz (SP): In der Städtekonferenz Mobilität schliessen sich sechzehn Schweizer Städte zusammen. Die Konferenz ist ein Forum für verkehrspolitische Fragen und eine sinnvolle Sache, wie etwa folgendes Beispiel zeigt: Viele Städte planen derzeit ein Velo-verleihsystem, und im Rahmen des Forums wird im Moment darüber diskutiert, ob ein gemeinsames technisches System eingeführt werden könnte, sodass man als Stadtzürcherin oder Stadtzürcher beispielsweise auch in Bern ein Velo ausleihen könnte.

Weitere Wortmeldung:

Theo Hauri (SVP): Die Amtsvorsteherin sollte um die Budgetierung der Mitgliederbeiträge rechtzeitig und ordentlich besorgt sein, insbesondere dann, wenn mit einem einzigen Posten die Gesamtposition um 510 % überzogen wird. Die Frage nach dem praktischen Nutzen dieser Mitgliedschaft drängt sich auf. Mit Bike-Sharing-Modellen und nachhaltiger städtischer Mobilität werden irreparable Schäden angerichtet. Die Minderheit lehnt eine Mitgliedschaft in einem Verein, der wirtschaftsfeindliches Roadpricing doziert und Fantastereien über völlig illusorische Mobilitätsmodelle propagiert, ab. Auch Bundesgelder sind für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schlicht und einfach Steuergelder. Wer eigenverantwortlich denkt und handelt, hat mit undefinierbaren Agglomerationsprogrammen und luxuriös aufgemachten Broschüren in Sachen nachhaltige Mobilität nichts am Hut.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 9 | 35 3500 3197 0000 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbau- und Entsorgungsdep. Zentrale Verwaltung Mitgliederbeiträge | | |
| 14) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 11 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 11 000 | | |
| | Begründung | Es bestehen bereits genügend Gremien, es braucht keine neue Mitgliedschaft | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Theo Hauri (SVP): Seit Jahren predigen die Verantwortlichen die Stilllegung des Werks Josefstrasse. Gedankengänge in Richtung Zusammenlegung dürften seit längerem angestellt worden sein. Die ERZ-Spezialisten sollten in der Lage sein, den Planungshorizont frühzeitig abzuschätzen und die notwendigen Schritte rechtzeitig in die Wege zu leiten. Der Notruf des ERZ-Direktors in der Spezialkommission ist unverständlich. Die vorgebrachten Argumente überzeugen nicht. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit muss ein Verbindungskanal bald realisiert werden. Ein neuer Fernwärmekanal als Verbindung von Zürich-Nord nach Zürich-West ist zweifellos eine anspruchsvolle technische Herausforderung. Ein derart komplexes Projekt darf nie unter massiven Zeitdruck geraten. Angesichts des Zeitplans 2018 und einem Ausblick über vierzig bis fünfzig Jahre kann die Projektierung getrost verschoben, und eine ordentliche Budgetierung für 2013 vorgenommen werden.

Florian Utz (SP): Das Fernwärmenetz Zürich-West scheint nicht grundsätzlich umstritten zu sein. Umstritten ist vielmehr die Frage, wann und wie die Planung vorgenommen werden soll. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass kein einziger Franken gespart wird, wenn die Arbeit auf morgen verschoben wird. Die Kosten werden so oder so anfallen, und zudem geht Zeit verloren.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 10 | 35 3555 3182 0000 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter | | |
| 15) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 655 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 655 000 | | |
| | Begründung | Studie nicht zwangsläufig zum jetzigen Zeitpunkt nötig, kann für 2013 budgetiert werden | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir haben heute bereits ein externes Assessment abgelehnt, das ungefähr 100 000 Franken gekostet hätte. Für die Ablehnung des zur Diskussion stehenden Assessments über 30 000 Franken möchten wir zwei Gründe betonen: Erstens stellen wir fest, dass im Personalrekrutierungsverfahren zunehmend externe Beratungen in Anspruch genommen werden, um Fehlentscheidungen zu vermeiden. Zweitens machen uns die exzessiv steigenden Kosten für Personalwerbung zu schaffen. Die Steigerung um 200 % können wir nicht gutheissen.

Christine Seidler (SP): Auf die Stadt Zürich kommen hohe Investitionskosten zu, vor allem auch im Hochbau, in der Gestalt komplexer Projekte, die nach spezialisierten Leuten verlangen. Die fundierte und sorgfältige Planung ist kompetenten Leuten zu verdanken und sorgt dafür, dass die Stellen gut besetzt werden können. Es ist nicht einfach, qualifizierte Leute aus dem Baugewerbe zu finden. Dies rechtfertigt das Vorgehen mit dem externen Assessment, das zugegebenermassen teuer ist und eine HR-Strategie missen lässt. Wir sind aber überzeugt, dass hier am falschen Ort gespart würde.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 11 | 40 4000 3092 0000 | Hochbaudepartement Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung | | |
| 16) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 30 000 | Mehrheit | Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 30 000 | | |
| | Begründung | Art der Ausschreibung nicht notwendig | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 60 Stimmen zu.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Einführung flächendeckender Tagesstrukturen würde zu einer weiteren Aufblähung des Sozialstaats führen. 900 Hortplätze hätten 120 zusätzliche Betreuungsstellen zur Folge. Bereits heute muss der Steuerzahler jährlich weit über 90 Mio. Franken für die Hortbetreuung zahlen. Linke Ideologen fördern die Nachfrage nach Hortplätzen in der Stadt Zürich mit einem eigentlichen Marketing. Das Volksschulgesetz lässt offen, wer Hortplätze anbieten darf. Die SVP lehnt den gigantischen Ausbau der Tagesstrukturen auf Staatskosten ab.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Der Hortausbau kostet uns tatsächlich eine Stange Geld, aber er ist wichtig und richtig. Die Bevölkerung fordert ihn ebenso, wie die gesetzlichen Grundlagen ihn fordern. Die rechtzeitige Budgetierung fiel aus verschiedenen Gründen ungenügend aus. Die Mehrheit stimmt dem Zusatzkredit zu. Zur Schaffung weiterer 900 Hortplätze ist die Aufstockung des Hortpersonals nötig. Dazu sind wir sogar verpflichtet, wie aus der Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich sowie aus einem Rechtsgutachten von Professor Jaag für die Stadt Winterthur aus dem Jahr 2010 hervorgeht. Für das Parlament besteht demnach kein Spielraum; wir sind verpflichtet, dem tatsächlichen Bedarf entsprechend Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellen. Der Zeitpunkt für die Planung der Hortplätze erweist sich für das Schulamt als schwierig, weil das Schuljahr nicht mit dem Kalenderjahr gleichgesetzt ist. Die Anmeldungen für Betreuungsplätze treffen erst nach dem Budgetierungsprozess ein. Deshalb haben wir Verständnis für die Einholung dieses Zusatzkredits.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Zusatzkredite zeigen, dass die Kosten in diesem Bereich langsam ins Unermessliche steigen. Die FDP anerkennt, dass es Betreuungsplätze braucht, fordert aber die Überprüfung alternativer Finanzierungsmodelle – und bringt diese Haltung mit der Stimmenthaltung zum Ausdruck. Die Selbstfinanzierung liegt in diesem Bereich bei ungefähr 23 %, was definitiv zu wenig ist.

Roger Liebi (SVP): Die Bevölkerung will den Ausbau der Tagesstrukturen, auch die Linken wollen ihn, vorausgesetzt, es sind die anderen, die ihn finanzieren. Die Entwicklung der Kinderbetreuung ist angsteinflössend. Familien, die ihre Kinder selber betreuen, müssen die Anspruchsmentalität anderer und die damit verbundenen 100 Mio. Franken pro Jahr mitfinanzieren. Das Hinzuziehen des Winterthurer Gutachtens von Professor Jaag verbessert die Sachlage für die Stadt Zürich nicht. Fakt ist, wir können die Betreuungskosten in dieser Form nicht mehr bezahlen. Ich erwarte vom Stadtrat eine Vorlage, die aufzeigt, wie wir aus diesem Dilemma heraus finden können. Das Gesetz schreibt der Stadt lediglich vor, die Betreuung bereitzustellen, nicht aber, sie auch selber zu betreiben. Für die Zukunft ist es wichtig, die Kosten mittels eines anderen Modells anders zu verteilen. Eine Kostendeckung von mindestens 50 % muss angestrebt werden.

Walter Angst (AL): Die genannten Zahlen bedürfen einer Klärung: 100 Mio. Franken kostet die Betreuung heute, bei einem Ausbau werden in acht Jahren 200 Mio. Franken Betriebskosten erwartet. Eine Weisung betreffend die Elternbeiträge ist in Vorbereitung und wird uns nächstes Jahr vorgelegt werden. Weitere Massnahmen sind eingeleitet. Zudem hat der Stadtrat beschlossen, den Kindern nur noch zwei, statt vier Quadratmeter zur Verfügung zu stellen. Eine Änderung des Personalreglements zur Kürzung der Ferien ist in Vorbereitung. Es wird demnach aktiv gespart. In Tat und Wahrheit sorgt die Stadt mit dem Betreuungsangebot dafür, dass die Unternehmen Arbeitskräfte haben und somit profitieren können. Die Stimmenthaltung der FDP verfehlt ihr Ziel, denn das, was wir heute beschliessen, ist nicht das Geld für den Ausbau, sondern Geld für die bestehenden Strukturen.

Daniel Meier (CVP): Klar profitieren die Unternehmen von Arbeitskräften. Es darf aber nicht vergessen werden, dass wer verdient, auch Steuern zahlt, die eigentlich dem Eigenfinanzierungsgrad angerechnet werden müssten. Die Stimmenthaltung der FDP ist fragwürdig.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir wollen lediglich dazu anregen, über andere Modelle nachzudenken. Wie die Reaktionen zeigen, haben wir mit der Stimmenthaltung unser Ziel erreicht.

| | | | | |
|------------|--|---|------------|---|
| S. 13 | 50 5010 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000 | Schul- und Sportdepartement Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge | | |
| 17) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 9 910 000 737 300 870 000 22 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne), Chris- tine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP) Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |

| | | | | |
|--|--------------|---|------------|--|
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 11 539 300 | | |
| | Begründung | Kein weiterer Ausbau von Betreuungsplätzen auf Staatskosten | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Zwei Vikarinnen sollen in einem Projekt mitarbeiten, das es schon seit mehr als zwanzig Jahren gibt. Die Naturschulen haben Gebäude, Plätze im Wald, Personal, Weiterbildungsangebote usw. 50 % aller Unterstufenschüler verbringen einen Tag im Jahr in einer Naturschule. Es ist schwierig, sich in dieser Sache über die Kosten zu informieren. Im 152-seitigen Konzept «Naturschulen 2010» werden Bedürfnisse, Ziele, Visionen, Ausstrahlung, Angebot und Qualitätssicherung behandelt. Von den Kosten ist hingegen keine Rede. Das Pilotprojekt soll dafür sorgen, dass künftig alle Unter- und Oberstufenschülerinnen und -schüler das Angebot einmal im Jahr wahrnehmen. Es ist abzusehen, dass sich das Projekt in die Länge ziehen und die Kosten weiterlaufen werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Mehrheit der RPK möchte das Projekt unterstützen, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, mitmachen zu können. Die zwei Vikariatsstellen sollen mit dem Zusatzkredit finanziert werden.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 13 | 50 5010 3029 0000 | Schul- und Sportdepartement Schulamt Entschädigungen an VikarInnen | | |
| 18) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 125 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Karin Ry- kart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | Verbesserung | 125 000 | | |
| | Begründung | Projekt unnötig | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Die Beiträge der Stadt Zürich an die Asyl-Organisation (AOZ) entwickeln sich weiter nach oben. Die Steigerung innerhalb der letzten drei Jahre beträgt über 50 %. Die Begründung ist immer dieselbe: wechselnde Fallzahlen und ein Gejammer über befürchtete Qualitätseinbussen mangels personeller Ressourcen. Ein wenig Qualitätsminderung im Leistungsangebot ist verkraftbar. Anstelle der aufsuchenden Sozialhilfe sollte man sich auf notwendige Hilfe zurückbesinnen. Sparen könnte die Stadt z. B. beim Wunsch der AOZ-Leitung nach einem immer umfangreicher gestalteten Geschäftsbericht. Auch die SVP ist selbstverständlich der Meinung, dass die Aufnahme von echten Flüchtlingen und Asylanten gewährleistet sein muss. Um die freie Zuwanderung aber nicht noch mehr zu fördern, muss die AOZ gebremst werden in ihrem Drang zu einem systemimmanenten Wachstum.

Rebekka Wyler (SP): Die Stadt muss kantonale Kontingente erfüllen. Zur Bearbeitung der steigenden Zahl von Asylgesuchen in nützlicher Frist und ausreichender Qualität braucht es genügend Leute. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 16 | 55 5500 3650 0302 | Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an AOZ für städtische Pflichtleistungen | | |
| 19) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 442 000 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP) Referent; Präsident Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 442 000 | | |
| | Begründung | Das SD beschäftigt bereits genügend Mitarbeiter, auf Kernaufgabe beschränken | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 20)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen die Kürzung des Zusatzkredits um 30 000 Franken. Dieser Betrag ist vorgesehen für eine zusätzliche halbe Stelle bei der Stipendienvergabe. Wir sind der Meinung, dass die zusätzlich anfallenden Arbeiten mit einer Stellenumwidmung im Laufbahnenzentrum bewältigt werden könnten. Gemäss dem Stadtratsbeschluss möchte man aber lieber eine neue Stelle schaffen, als dass man eine interne Stellenumwidmung vornehmen würde. Die Mehrheit der RPK lehnt dieses Vorgehen ab.

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat hat uns klar dargelegt, wofür die Gelder gebraucht werden. Die Minderheit der RPK ist der Meinung, dass die Ausgaben gerechtfertigt sind und folgt dem Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir halten diese zusätzlichen Stellen für überflüssig. Die Strukturen könnten anderweitig angepasst werden. Es kann nicht jede neu anfallende Aufgabe, jedes kleinste Projekt in der Stadt Zürich eine oder mehrere neue Stellen nach sich ziehen. Deshalb ist die Streichung hier nötig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: Jetzt, im Vorfeld des neuen Schuljahres, ist es sehr wichtig, dass wir die Nachfrage nach Stipendien bearbeiten können. Es ist uns ein Anliegen, jungen Leuten, die Anspruch auf Stipendien haben, zeitgerecht Gelder zu sprechen und sie nicht unnötigerweise in die Sozialhilfe zu schicken. Es geht um wenig Geld, das sehr viel bewirken kann. Wir haben unsere Stellen nicht auf Reserve besetzt, deshalb unser Antrag.

Samuel Dubno (GLP): Zur Richtigstellung: Ich habe den Inhalt des Stadtratsbeschlusses wiedergegeben. Und ich habe nicht als Vertreter der GLP gesprochen, sondern als Vertreter der RPK-Minderheit.

| | | | | |
|------------|--|---|------------|---|
| S. 16 | 55 5520 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3062 0000 | Sozialdepartement Laufbahnenzentrum Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Verpflegungszulagen | | |
| 20) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 69 100 1 900 2 400 600 74 000 | Minderheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 41 086 1 130 1 427 357 44 000 | Mehrheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | | | Enthaltung | Walter Angst (AL) |
| | Verbesserung | 30 000 | | |
| | Begründung | Stipendienberatung mit vorhandenen Mitteln umsetzen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 58 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Zusatzkreditbegehren von 7 200 Franken im Laufbahnenzentrum für Personalwerbung, konkret für die Einstellung einer Vizedirektorin bzw. eines Vizedirektors, bereitet uns – zusammen mit den Personalkosten der letzten Jahre – Sorgen. Es handelt sich um eine Berg- und Talfahrt innerhalb des Bereichs HR. In einer Zeit, in der wir sparen sollten, empfehlen wir, die Insertionskosten tief zu halten.

Rebekka Wyler (SP): Personalwerbung ist eine beliebte Spielwiese für Kürzungen. Vor allem die Inseratwerbung scheint gewissen Leuten Mühe zu bereiten. Die Mehrheit der RPK hat sich vom Stadtrat überzeugen lassen.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 17 | 55 5520 3092 0000 | Sozialdepartement Laufbahnzentrum Personalwerbung | | |
| 21) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 7 200 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | Verbesserung | 7 200 | | |
| | Begründung | Stelle mit internen Mitarbeitern besetzen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir sind der Meinung, dass die 10 000 Franken gestrichen werden müssen. Auch finden wir, dass man es sich bei Abschreibungen solcher Beträge zu einfach macht; man sollte mehr darum bemüht sein, die Beträge wieder hereinzuholen.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass nicht alles wieder eingetrieben werden kann und unterstützt deshalb den Antrag des Stadtrats.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|---|
| S. 17 | 55 5520 3300 0000 | Sozialdepartement Laufbahnzentrum Abschreibungen von Guthaben des FV | | |
| 22) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 10 000 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 10 000 | | |
| | Begründung | Keine Abschreibungen zulassen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Im Quartier hat der Strichplatz eine hohe Inakzeptanz. Dadurch fühlen wir uns legitimiert, die Streichung der 116 000 Franken zu beantragen.

Rebekka Wyler (SP): Die SVP will sich angeblich auf den Souverän berufen, missachtet dabei aber einen Volksentscheid. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Stadtrat.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 17 | 55 5560 3182 0000 | Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter | | |
| 23) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 116 200 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 116 200 | | |
| | Begründung | Hohe Inakzeptanz im Quartier | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der lockere Umgang mit diesen Abschreibungen missfällt uns. Wir sind der Meinung, die Restanzen sind einzufordern, und die 127 000 Franken müssen gestrichen werden.

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat hat die Gründe für die Abschreibungen klar dargelegt, es handelt sich etwa um Wegzüge nach unbekannt oder Todesfälle. In solchen Fällen lassen sich die Guthaben einfach nicht mehr eintreiben.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Es gibt durchaus noch andere Gründe, oft werden die Guthaben einfach nicht bezahlt.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|----------|---|
| S. 17 | 55 5560 3300 0000 | Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Abschreibungen von Guthaben des FV | | |
| 24) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 127 000 | Mehrheit | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |

| | | | | |
|--|--------------|-----------------------------|------------|---|
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP) |
| | Verbesserung | 127 000 | | |
| | Begründung | Restanzen sind einzufordern | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir lehnen die Kreditübertragung für den Neubau des Velowegs Hardplatz nach wie vor ab.*

Florian Utz (SP): *Letztes Jahr haben wir beschlossen, unsere eigene Motion für einen Veloweg über die Hardbrücke nicht abzuschreiben. Im Rahmen der Budgetdebatte haben wir der Verkehrskommission des Gemeinderats das nötige Geld zur Planung des Velowegs zur Verfügung gestellt. Durch die Nichtabschreibung haben wir den Auftrag entsprechend erteilt. Vor der Einstellung der Budgetmittel haben wir den Stadtrat gefragt, über welches Konto die Budgetierung zu erfolgen habe. Im Sinne der Antwort des Stadtrats haben wir die Budgetierung über das TED vorgenommen, wurden dann aber trotzdem vom Stadtrat zurückgepfiffen. Jetzt sind wir froh, dass der Stadtrat Hand geboten hat für eine Kreditübertragung. Heute haben wir die Möglichkeit, zum fünften Mal daran festzuhalten, dass wir den Veloweg über die Hardbrücke in dieser Form wollen.*

| | | | | |
|------------|---|---|------------|--|
| S. 18 | 10 1005 von 3515 3182 0000 nach 1005 3182 0000 | Behörden und Gesamtverwaltung Gemeinderat Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter Gemeinderat Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter | | |
| 25) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 50 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | Begründung | Veloweg Hardbrücke führt künstlich zu Stau und damit Lärm und CO2-Emissionen | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 26)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Minderheit ist klar der Meinung, dass es zwischen den beiden Posten der Kreditübertragung keinen inneren Zusammenhang gibt. Ursprünglich waren die 60 000 Franken vorgesehen für den Unterhalt von Parkuhren, Zentralen Parkuhren und Signalisationseinrichtungen. Nun sollen die 60 000 Franken aber plötzlich zugunsten einer Besucherbefragung und Verkehrserhebung eingesetzt werden. Mangels eines inneren Zusammenhangs darf diese Kreditübertragung nicht beschlossen werden.

Florian Utz (SP): Der Gemeinderat hat neue Parkgebühren für das Gebiet beim Zoo beschlossen und möchte jetzt mittels Umfragen und Monitoring die Auswirkungen und Wirksamkeit der Gebührenmassnahmen überprüfen. Die Mehrheit der RPK findet es sinnvoll, dass man sich diesbezüglich Faktenwissen beschafft. Wir sind der Meinung, dass ein innerer Zusammenhang formaljuristisch durchaus besteht. Unabhängig davon ist es nicht sinnvoll, eine Umfrage zu beschliessen, dafür aber nicht Parkgebühren, sondern Steuergelder einzusetzen. Diese zusätzliche Belastung der Stadtbevölkerung ist in unseren Augen nicht sinnvoll.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Die GLP wird die Kreditübertragung ablehnen. Wir sehen den inneren Zusammenhang nicht. Diese Begründung gilt auch für alle nachfolgenden Kreditübertragungen, denen wir nicht zustimmen werden. Die RPK hat den Stadtrat in der Vergangenheit mehrfach kritisiert bezüglich Nichteinhalten von kreditrechtlichen Vorschriften und Grundlagen. Hier haben wir nun die Möglichkeit, eine Kreditübertragung abzulehnen, die nicht den Vorgaben des Stadtrats entspricht. Sowohl der Rechtskonsulent des Gemeinderats als auch derjenige des Stadtrats haben festgehalten, dass zwischen den Positionen einer Kreditübertragung ein enger sachlicher Zusammenhang bestehen muss. Die Frage, was unter «Unterhalt» falle, wurde in der Budgetlesung gestellt. Die Antwort fiel detailliert aus, von Umfragen war nicht die Rede. Indem wir die Kreditübertragungen jeweils als Ganzes ablehnen, wollen wir ein Zeichen setzen für die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Sowohl die Gewichtung des Accounting Manual als auch die Gewichtung der Rechtsgutachten sind richtig. Nicht gut ist hingegen der relativ grosse Interpretationsspielraum. Die in der Verwaltung herrschende Unklarheit sollte behoben werden. Wir werden einige Kreditübertragungen gutheissen, andere werden wir ablehnen, weil auch wir uns Interpretationen erlauben.

| | | | | |
|------------|---|---|------------|--|
| S. 20 | 25 2505 von 3151 0105 nach 3180 0000 | Polizeidepartement Parkgebühren Unterhalt Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 26) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 60 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |

| | | | | |
|--|------------|---------------------------|------------|--------------------|
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | Begründung | Kein innerer Zusammenhang | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheitert jedoch am Quorum der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder). Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 27)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die SVP empfiehlt Ihnen gemeinsam mit der FDP und der GLP, die Kreditübertragung abzulehnen. Die Übertragung von 8 000 Franken von Sachversicherungsprämien nach Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten mutet abenteuerlich an in Bezug auf einen inneren Zusammenhang. Ein zweiter Posten in der Höhe von 49 300 Franken soll übertragen werden, weil angeblich ein schneller Wechsel zu einem externen Anbieter vorgenommen werden müsse. Eine ordentliche Budgetierung für 2012 wäre aber sicher möglich gewesen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Aufgrund der letztjährigen Budgetkürzung konnte man bei der Sammlung NONAM keine Exponate anschaffen und ausleihen. Auch Versicherungskosten wurden damals ins Budget eingestellt. Eine kreative Lösung konnte gefunden werden, indem die Ausstellung anders gestaltet wurde. Der innere Zusammenhang zwischen Sachversicherungsprämien und Ausstellungskatalog ergibt sich aus dem Konzept und der Realisierung dieser Sonderausstellung. Zudem werden Druck- und Reproduktionsleistungen nicht mehr von der Schul- und Büromaterialverwaltung erbracht, sondern extern. Für die Minderheit ist der innere Zusammenhang zwischen diesen vier Konten gewährleistet.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Diskussionen über Kreditübertragungen können mit dem Finanzvorstand und der Finanzverwaltung geführt werden. Im konkreten Fall besteht ein breiter Interpretationsspielraum, somit sind unterschiedliche Meinungen möglich. Um weitere solch unnötige Diskussionen zu vermeiden, bedarf es einer Klärung. Das ewige Signalsetzen bringt uns hier nicht weiter.

| | | |
|------------|---|--|
| S. 25 | 50 5000 von 3184 0000 3911 0000 nach 3101 0000 3161 0000 | Schul- und Sportdepartement Schul- und Sportdep. Zentrale Verwaltung Sachversicherungsprämien Vergütungen an SBMV für Material/Dienstleistungen Druck-, Reproduktions- u. Vervielfältigungskosten Mieten und Benutzungskosten |
| 27) | Anträge der RPK | |
| | Antrag Stadtrat | 8 000 49 300 57 300 |
| | | Minderheit |
| | | Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |

| | | | | |
|--|------------|---------------------------|------------|--|
| | Neu | 0 | Mehrheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) |
| | | | Enthaltung | Walter Angst (AL) |
| | Begründung | Kein innerer Zusammenhang | | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 58 zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 28)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Auch bei dieser Kreditübertragung ist die Mehrheit der Meinung, dass ein enger sachlicher Zusammenhang fehlt. Auch sind die Konten nicht artverwandt.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es geht um die Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeit der Schulbehörden und die Ausführungsbestimmungen dazu. Die ersten Erfahrungswerte lagen erst nach Abschluss des Jahres 2011 vor und konnten somit nicht rechtzeitig im Budget eingestellt werden. Damit die Ressourcen nun aufgrund der Erfahrungen auf dem richtigen Konto landen, macht die Kreditübertragung Sinn. Auch das zweite Projekt im Rahmen dieser Übertragung ist vertretbar.

| | | | |
|------------|--------------------------|---|--|
| S. 26 | 50 5010 | | Schul- und Sportdepartement Schulamt |
| | von | 3001 0000 3910 0000 | Vergütungen an Behörden und Kommissionen Vergütung an OIZ für IT-Leistungen |
| | nach | 3028 0000 3103 0000 3113 0000 3170 0000 3180 0000 3189 0000 | Entschädigungen für Verwaltungstätigkeit Lehrmittel Anschaffungen IT-Anlagen Software Reise- und Spesenentschädigungen des Personals Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter |
| 28) | Anträge der RPK | | |
| | Antrag Stadtrat | 330 000 10 000 90 000 5 000 200 000 20 000 <u>655 000</u> | Minderheit Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin |
| | Neu | 0 | Mehrheit Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) |
| | | | Enthaltung Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Begründung | Kein innerer Zusammenhang | |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 54 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Antrag 29)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Auch hier gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob ein innerer Zusammenhang gegeben ist oder nicht. Stadtrat Martin Waser hat den sicheren Weg gewählt und die Kreditübertragung in einen Zusatzkredit verwandelt. Die SVP erachtet eine solche Umwandlung als verboten. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Allfällige Abklärungen können anschliessend erfolgen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Aufgrund des Accounting Manual erachten wir die Kreditübertragung in dieser Form als nicht machbar. Die SVP fordert die 3 Mio. Franken über einen Zusatzkredit ein.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Der Stadtrat sagt nichts anderes, als dass der RPK Recht zu geben ist, falls zwischen den beiden Krediten kein innerer Zusammenhang besteht. Eine Mehrheit des Gemeinderats hat sich deshalb dazu hinreissen lassen, diese Kreditübertragung in einen einzelnen Zusatzkredit zu verwandeln. In der Gemeindeordnung steht nicht von ungefähr, dass der Gemeinderat das Budget festlegt und Zusatzkredite bewilligt. Dabei umfasst «festlegen» meiner Meinung nach auch die Anträge auf Veränderung des Budgets, während es in Sachen Genehmigung anders aussieht. Im konkreten Fall ist es wesentlich, dass es der Gemeinderat ist, der eine Verschlechterung beantragt. Dies geht unserer Meinung nach nicht. Es gibt noch einen weiteren Grund für unsere Ablehnung: Die AOZ soll kein zusätzliches Geld erhalten, weil sie damit vorläufig aufgenommenen Personen, die die Schweiz eigentlich längst verlassen haben müssten, den weiteren Aufenthalt ermöglichen würde.

Dr. Urs Egger (FDP): Nicht der Gemeinderat, sondern der Stadtrat hat den Antrag zu diesen 3,9 Mio. Franken gestellt. Somit ist der Antrag formal richtig. Die Stadt Zürich ist verpflichtet, sich in diesem Bereich einzusetzen, eine Selbstfinanzierung der AOZ stand nie zur Diskussion. Die Aufgabe der AOZ ist es nur, die Mittel umzusetzen.

| | | | | |
|------------|--|---|------------|---|
| S. 28 | 55 5500 von 5550 3660 0600 3663 0000 nach 5500 3660 0000 | Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern Alimentenbevorschussung Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Private | | |
| 29) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 600 000 3 300 000 3 900 000 | | -- |
| | Neu 1 | 0 | Minderheit | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP) |
| | Begründung 1 | Kein innerer Zusammenhang | | |

| | | | | |
|--|--|--|----------|---|
| | 55 5500 3660 0000 | Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Private | | |
| | Antrag Stadtrat | | | |
| | Neu 2 | 3 900 000 | Mehrheit | Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| | Verschlechterung 2 | 3 900 000 | | |
| | Begründung 2 | Mehraufwand für Beiträge an Private ist ausgewiesen. Kreditübertragung nicht zulässig. | | |

→ Es soll keine Kreditübertragung erfolgen, sondern der Betrag in einen Zusatzkredit umgewandelt werden. D.h. die Entnahme der Beträge aus «Soziale Dienste» entfällt und es wird ein Zusatzkredit «Sozialdepartement Zentrale Verwaltung, Beiträge an Private» beantragt.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | | |
|---------------------------------------|-------------|------------|
| Antrag Stadtrat (Kreditübertragung) | (3 900 000) | 0 Stimmen |
| Antrag Minderheit (Kreditübertragung) | (0) | 37 Stimmen |
| Antrag Mehrheit (Zusatzkredit) | (3 900 000) | 83 Stimmen |

Damit ist dem Antrag Mehrheit mit 83 Stimmen zugestimmt, womit die Quoren der gleichgeordneten Anträge und der Ausgabenbremse (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht sind.

Dispositivziffer A

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Zusatzkredite sind Bestandteil des Budgets. Heute Abend wurde das Budget um 33 Mio. Franken verschlechtert. Die in der Stadt Zürich herrschenden Devisen «Wer braucht und will, der bekommt» und «Hauptsache, die anderen zahlen» heissen wir nicht gut und lehnen die Zusatzkredite ab.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der Stadtrat in der Mehrzahl der Fälle gut begründet hat, warum im Laufe des Jahres noch Sachen auftreten, die finanziert werden müssen. Oft liegen die Gründe auch im übergeordneten Recht.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Leider wurde unser Antrag zur Streichung der 100 000 Franken für den Swisspol-Index abgelehnt. Deshalb werden wir gleich stimmen wie die SVP, wenn auch aus ganz anderen Gründen.

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir stimmen nicht mit grosser Euphorie zu. Über den negativen Wert im Budget sind wir keinesfalls erfreut. Wir sind aber der Meinung, dass einige notwendige Ausgaben darunter sind und stimmen deshalb zu.*

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer A

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer A.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer A.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| Minderheit: | Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) |
| Enthaltung | Walter Angst (AL) |

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Dispositivziffer B

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Weil B fast gleich ist wie A, lehnen wir auch B ab.*

Rebekka Wyler (SP): *Richtig: Wer A sagt, sagt auch B. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer B.*

Schlussabstimmung zur bereinigten Dispositivziffer B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer B.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) |
| Minderheit: | Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) |
| Enthaltung | Walter Angst (AL) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

A. Für das Jahr 2012 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

| 1. Zusatzkredite | | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. | Zusammen Fr. |
|----------------------------------|--|-----------------------------|----------------------------------|-------------------|
| 10 | Behörden und Gesamtverwaltung | 199 000 | – | 199 000 |
| 15 | Präsidialdepartement | 265 000 | 150 000 | 415 000 |
| 20 | Finanzdepartement | 3 040 300 | – | 3 040 300 |
| 25 | Polizeidepartement | 588 000 | 960 000 | 1 548 000 |
| 30 | Gesundheits- und Umweltdepartement | 637 800 | – | 637 800 |
| 35 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement | 1 028 800 | – | 1 028 800 |
| 40 | Hochbaudepartement | 693 000 | – | 693 000 |
| 45 | Departement der Industriellen Betriebe | – | – | – |
| 50 | Schul- und Sportdepartement | 21 762 900 | – | 21 762 900 |
| 55 | Sozialdepartement | 4 766 400 | – | 4 766 400 |
| Total Verwaltungsrechnung | | 32 981 200 | 1 110 000 | 34 091 200 |
| 2. Kreditübertragungen | | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. | Zusammen Fr. |
| 10 | Behörden und Gesamtverwaltung | 50 000 | – | 50 000 |
| | | –0 | –0 | –0 |
| 15 | Präsidialdepartement | 160 000 | – | 160 000 |
| | | –810 000 | –0 | –810 000 |
| 20 | Finanzdepartement | 790 600 | – | 790 600 |
| | | –166 000 | –0 | –166 000 |
| 25 | Polizeidepartement | 395 000 | – | 395 000 |
| | | –395 000 | –0 | –395 000 |
| 30 | Gesundheits- und Umweltdepartement | 35 400 | – | 35 400 |
| | | –0 | –0 | –0 |
| 35 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement | – | 350 000 | 350 000 |
| | | –50 000 | –350 000 | –400 000 |
| 40 | Hochbaudepartement | – | – | – |
| | | –0 | –0 | –0 |
| 45 | Departement der Industriellen Betriebe | – | – | – |
| | | –0 | –0 | –0 |
| 50 | Schul- und Sportdepartement | 1 384 500 | – | 1 384 500 |
| | | –1 384 500 | –0 | –1 384 500 |
| 55 | Sozialdepartement | 342 300 | – | 342 300 |
| | | –352 300 | –0 | –352 300 |
| Total Verwaltungsrechnung | | 3 157 800 | 350 000 | 3 507 800 |
| | | –3 157 800 | –350 000 | –3 507 800 |

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

| | Fr. | Fr. | Fr. |
|--|------------|-------------------------|-------------------|
| a) in der Laufenden Rechnung | | | |
| – den Zusatzkrediten von | 32 981 200 | | |
| – den Kreditübertragungen von | 3 157 800 | 36 139 000 | |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | | |
| – verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von | 3 157 800 | | |
| – durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von | 3 035 500 | <u>6 193 300</u> | |
| sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von | | | 29 945 700 |
| b) in der Investitionsrechnung | | | |
| – den Zusatzkrediten von | 1 110 000 | | |
| – den Kreditübertragungen von | 350 000 | 1 460 000 | |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | | |

| | | |
|---|---------|-----------------------|
| – verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von | 350 000 | |
| – durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von | – | <u>350 000</u> |
| sodass sich Netto-Meherausgaben ergeben von | | 1 110 000 |
| und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto | | 31 055 700 |

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2942. 2011/16

Weisung vom 01.02.2012:

Volksinitiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!», Umsetzung und Gegen-vorschlag

Die Schlussabstimmungen zu den Dispositivziffern A1, A2 und B1 wurden in der 130. Ratssitzung vom 20.06.2012 vorgenommen (vgl. Protokoll-Nr. 2854/2012). In der heutigen Sitzung erfolgt die ausstehende Beschlussfassung zur Dispositivziffer B2.

Antrag des Stadtrats

Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz: (B)

2. Es wird eine «Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen» gemäss beiliegendem Statut errichtet.

Rückkommensantrag

Der Ratspräsident Albert Leiser (FDP) stellt namens des Büros des Gemeinderats einen Rückkommensantrag (gemäss Art. 29 GeschO GR) und begründet diesen.

Albert Leiser (FDP): *Damit heute nicht ein Statut verabschiedet wird, das nicht gemäss unserer Geschäftsordnung in der Redaktionskommission beraten wurde, und um allfällige Kommissionsberatungen mit neuen Anträgen im Rat zu vermeiden, beantragt das Büro des Gemeinderats einstimmig einen Rückkommensantrag auf das Überweisen des Geschäfts sowie eine Rückweisung an die SK FD zur Antragsstellung an den Rat. Das Initiativkomitee hat sich damit einverstanden erklärt, dass die Abstimmung nicht im November 2012, sondern erst im Frühling 2013 stattfinden wird.*

Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag stillschweigend zu.

Rückweisungsantrag

Der Ratspräsident Albert Leiser (FDP) beantragt namens des Büros des Gemeinderats Rückweisung der Dispositivziffer B2 zur Detailberatung an die SK FD.

Der Rat stimmt dem Rückweisungsantrag mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Dispositivziffer B2 ist zur Detailberatung an die SK FD zurückgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2943. 2012/128

Weisung vom 28.03.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Verkauf der Wohnliegenschaft Katzenbachstrasse 16 im Quartier Seebach an die Baugenossenschaft Glattal Zürich zwecks Arrondierung

Antrag des Stadtrats

Der Vertrag vom 3. Oktober 2011 mit der Baugenossenschaft Glattal Zürich, mit Sitz in Zürich, über den Verkauf des 988 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. SE 5361, mit Wohnhaus und Garage, Vers.-Nr. 1886, an der Katzenbachstrasse 16, Quartier Seebach zum Kaufpreis von Fr. 1 250 000.–, wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Matthias Wiesmann (GLP): *In der vierten und fünften Bauetappe sollen neun prismatisch geformte Baukörper, d. h. fünf- und sechsstöckige Mehrfamilienhäuser, errichtet werden. Der letzte Baukörper käme halb auf städtischem Land zu stehen. Eine Arrondierung ist zweckmässig, weil sonst das letzte Mehrfamilienhaus mit 19 Wohnungen nicht realisiert werden könnte. Es würde keinen Sinn machen, das Landstück nicht an die Baugenossenschaft Glattal Zürich (BGZ) abzutreten. Die Genossenschaftssiedlung kann somit wie vorgesehen realisiert werden und ist städtebaulich abgerundet. Im Sinne einer Verdichtung ist mehr Wohnraum auf der gleichen Fläche auf jeden Fall zu begrüssen. Der Verkaufspreis der Liegenschaft liegt im Rahmen der Marktabschätzung der städtischen Schätzungskommission. Für die Stadtkasse resultiert lediglich ein Buchgewinn von 30 000 Franken. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Liegenschaft Katzenbachstrasse 16 erhalten Ersatzwohnungen. Für Diskussionsstoff in der Kommission sorgte einzig die Ersatzneubaustrategie der BGZ, eine Sperrung gegen die Arrondierung bringt allerdings nichts.*

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Matthias Wiesmann (GLP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Daniel Meier (CVP) i.V. von Jean-Claude Virchaux (CVP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marlène Butz (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP)
Abwesend: Präsident Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 112 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Vertrag vom 3. Oktober 2011 mit der Baugenossenschaft Glattal Zürich, mit Sitz in Zürich, über den Verkauf des 988 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. SE 5361, mit Wohnhaus und Garage, Vers.-Nr. 1886, an der Katzenbachstrasse 16, Quartier Seebach zum Kaufpreis von Fr. 1 250 000.–, wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. August 2012)

2944. 2012/201

Weisung vom 16.05.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft GEWOBAG

Ausstand: Guido Trevisan (GLP)

Antrag des Stadtrats

Der Kauf- und Dienstbarkeitsvertrag vom 19. Dezember 2011 mit der Gewerkschaftlichen Wohn- und Baugenossenschaft GEWOBAG, mit Sitz in Zürich, über die Veräusserung des etwa 1621 m² grossen Grundstücks, Teil von Kat.-Nr. HG7209, Strassen- und Weggebiet, Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, zum Preis von Fr. 902 200.–, wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Andreas Edelmann (SP): *Die GEWOBAG verdichtet ihre Wohnsiedlung Frankental und möchte die mitten durch diese Siedlung verlaufende Konrad-Ilg-Strasse von der Stadt Zürich zurück haben und zwar zwecks neuer Umgebungsgestaltung für mehr Aussenraumqualität. Mit dem Verkauf der Konrad-Ilg-Strasse an die GEWOBAG macht die Stadt 900 000 Franken Gewinn, zudem entfällt der Unterhalt dieser Strasse. In der Kommission waren sich alle Fraktionen einig, dass dies sowohl für die Stadt als auch für die GEWOBAG eine sinnvolle Lösung ist. Die Kommission empfiehlt deshalb einstimmig, die Weisung anzunehmen.*

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Andreas Edelmann (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Cécilia Hänni-Etter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Daniel Meier (CVP) i. V. von Jean-Claude Virchaux (CVP), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Marlène Butz (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Abwesend: Präsident Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 107 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Kauf- und Dienstbarkeitsvertrag vom 19. Dezember 2011 mit der Gewerkschaftlichen Wohn- und Baugenossenschaft GEWOBA, mit Sitz in Zürich, über die Veräusserung des etwa 1621 m² grossen Grundstücks, Teil von Kat.-Nr. HG7209, Strassen- und Weggebiet, Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, zum Preis von Fr. 902 200.–, wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. August 2012)

2945. 2008/71

Weisung vom 29.02.2012:

Motion der Grüne-Fraktion betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat im Budget 2013 einen zusätzlich zu budgetierenden Betrag von Fr. 486 000.– auf das Konto Nr. (1501) 3652 0000, Kulturförderungsbeiträge, der Abteilung Kultur beantragen wird.
3. Die Motion, GR Nr. 2008/71, von der Grüne-Fraktion vom 30. Januar 2008 betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Dispositivziffern 1 + 2:

Christina Hug (Grüne): *Vor zweieinhalb Jahren hat der Gemeinderat eine Motion der Grüne-Fraktion überwiesen, die eine Erhöhung der Förderkredite im Budget der Kulturförderung um insgesamt 2 Mio. Franken pro Jahr fordert. In der Motion ist die Rede von Werkjahren, die allerdings tatsächlich vor allem in Sparten, wo es um individuellen künstlerischen Ausdruck geht, wie z. B. in der Literatur, ein besonders sinnvolles Förderinstrument darstellen. Daneben gibt es aber noch verschiedene andere spannende Formen der Kulturförderung. Die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten eignen sich nicht für jede Sparte gleich gut. Daher ist unsere Forderung nach mehr Werkjahren vielleicht etwas einseitig ausgefallen. Wir begrüssen deshalb die breitere Auslegung der Motion durch die Abteilung Kultur und somit die Erhöhung der Förderkredite auch in anderen Bereichen. Für vier zusätzliche, vom Stadtrat vorgeschlagene Fördermassnahmen sollen ab dem Budget 2013 insgesamt 468 000 Franken mehr im Konto der Kulturförderungsbeiträge eingestellt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat beantragt Ihnen eine modifizierte Umsetzung der Motion. Da es neben Werkjahren noch andere Möglichkeiten der Kulturförderung gibt, schlagen wir Ihnen einen Mix aus verschiedenen Instrumenten vor, die allesamt das Grundanliegen der Förderung der freien Szene aufnehmen und gleichzeitig die Balance zwischen Werkjahren und anderen Förderungsformen wahren. Die Anzahl Werkjahre soll von neun auf dreizehn erhöht werden. Der seit längerer Zeit nicht mehr angepasste Werkbeitrag soll von 42 000 auf 48 000 Franken erhöht werden. Weiter sollen drei neue Ateliers im Ausland sowie vier neue Wohnungen für ausländische Künstlerinnen und Künstler hinzukommen. Mit der Erhöhung des Kredits um 486 000 Franken können wir der Förderung der freien Szene einen wichtigen Impuls verleihen. Die freie Szene ist für*

unsere Kulturlandschaft ausserordentlich wichtig; sie und die etablierten Kulturinstitutionen bedingen, inspirieren und befruchten sich gegenseitig. Es wäre falsch, die sogenannte etablierte Kultur und die freie Szene gegeneinander auszuspielen. Wir wollen in der Stadt Zürich verschiedene Stadien der Etabliertheit fördern. Für die freie Szene tun wir neben den erwähnten Massnahmen noch einiges mehr, so stehen wichtige Institutionen auch der freien Szene zur Verfügung. Mit diesem modifizierten Antrag bringen wir zum Ausdruck, dass uns die Förderung der freien Szene wichtig ist.

Dispositivziffer 1

Kommissionsminderheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Einmal mehr geht es um eine unnötige Aufstockung des Kulturbudgets. Die Stadt Zürich stellt schon heute jährlich 700 000 Franken für Werkjahre und ähnliche Förderinstrumente zur Verfügung – das ist genug. Sogar der Stadtrat hat die Motion der Grüne-Fraktion in der Vergangenheit zweimal abgelehnt, unter anderem wegen der schlechten Finanzlage. Trotzdem wird jetzt versucht, die mageren künstlerischen Leistungen der Soziokultur mit weiteren Steuergeldern zu unterstützen. Die SVP lehnt staatlich betriebene Kulturpolitik ab und nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis.*

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, wird ablehnend Kenntnis genommen.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne) |
| Minderheit: | Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP) |
| Abwesend: | Margrit Haller (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 22 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne) |
| Minderheit: | Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP) |
| Abwesend: | Margrit Haller (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsminderheit:

Claudia Simon (FDP): Die FDP möchte nicht im Voraus einem Betrag für das Budget 2013 zustimmen. Dieser soll im Rahmen der Budgetdebatte diskutiert werden. Sollte die Dispositivziffer 2 nicht gestrichen werden, werden wir die ganze Weisung ablehnen.

Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2:

~~2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat im Budget 2013 einen zusätzlich zu budgetierenden Betrag von Fr. 486 000.— auf das Konto Nr. (1501) 3652 0000, Kulturförderungsbeiträge, der Abteilung Kultur beantragen wird.~~

Mehrheit: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Claudia Simon (FDP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Marc Hohl (FDP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 55 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Claudia Simon (FDP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Marc Hohl (FDP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Abwesend: Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 53 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Mark Richli (SP): Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Weisung die Motion mehr als erfüllt. Die Motion ist deshalb abzuschreiben.

Christina Hug (Grüne): Die Grüne-Fraktion will ihre Motion nicht abschreiben. Die in der Weisung vorgesehenen Massnahmen sind zwar gut, erfüllen aber die Forderung der Motion nicht. Menschen, die Kultur schaffen und leben, sind das eigentliche Rückgrat

einer lebendigen Kulturlandschaft – die direkte und unbürokratische Förderung im Kleinen ist deshalb sehr wichtig. Wenn wir uns für einzelne Kulturinstitutionen einen jährlichen Beitrag von über 17 Mio. Franken leisten können, dürfen wir uns auch die Freien Kredite ein bisschen mehr kosten lassen. 2 Mio. Franken allein für Werkjahre erscheinen uns nach wie vor als angemessen. Sollte der Stadtrat darin eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Sparten in der freien Szene sehen, müssten die freien Fördermittel für die anderen Sparten entsprechend erhöht werden.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt, die Motion nicht abzuschreiben.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP) |
| Minderheit: | Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Fabienne Nicole Vocat (Grüne) |
| Abwesend: | Margrit Haller (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, wird Kenntnis genommen.
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat im Budget 2013 einen zusätzlich zu budgetierenden Betrag von Fr. 486 000.– auf das Konto Nr. (1501) 3652 0000, Kulturförderungsbeiträge, der Abteilung Kultur beantragen wird.
3. Die Motion, GR Nr. 2008/71, von der Grüne-Fraktion vom 30. Januar 2008 betreffend Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. August 2012)

2946. 2012/111

Weisung vom 21.03.2012:

Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 und einmaliger Umzugsbeitrag

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Kunsthalle Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von Fr. 725 000.– um Fr. 270 000.– auf Fr. 995 000.– erhöht.
2. Die Erhöhung des Beitrags erfolgt auf den 1. Juli 2012 und wird im 2012 anteilmässig ausbezahlt.
3. Dem Verein Kunsthalle Zürich wird per 30. September 2012 ein einmaliger Beitrag von Fr. 310 000.– für die Sonderaufwendungen im Zusammenhang mit dem Wiedereinzug ins Löwenbräu bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Dispositivziffern 1–2:

Mark Richli (SP): *Bereits 2010 wurde mit der Zustimmung zur Weisung Löwenbräu implizit einer Subventionserhöhung zugestimmt. Mit 270 000 Franken pro Jahr ist diese deutlich tiefer ausgefallen als damals angenommen. Der Bezug des Neubaus erfolgte im Frühsommer 2012, deshalb muss die Miete bereits ab Juli 2012 bezahlt werden, und folglich soll die höhere Subvention anteilmässig ab 1. Juli 2012 ausbezahlt werden.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Mit der letzten Weisung wurde die Subvention für die Kunsthalle bis und mit 2012 gesprochen. Im Jahr 2010 wurde jede Besucherin und jeder Besucher der Kunsthalle mit Fr. 21.80 subventioniert. Im Budget 2013 wird der Eintritt bereits mit Fr. 28.40 subventioniert. Dieser Betrag wurde sicher mit dem erwarteten Eigenfinanzierungsgrad von 58 % berechnet. Erstarrt der Eigenfinanzierungsgrad jedoch bei 50 %, so wird die Subvention pro Eintritt auf 30 Franken steigen. Es ist ein frappanter Anstieg des Raumaufwands zu verzeichnen, 2013 wird er 33 % der Betriebskosten ausmachen. Der Jahresgewinn bzw. -verlust wird im Budget 2012 und 2013 mit 0 Franken angegeben, um einfacher eine Subventionserhöhung zu erlangen. Nach der Eröffnung werden die Besucherzahlen bestimmt eine gewisse Zeit lang steigen. Die SVP-Fraktion ist trotzdem skeptisch.*

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): *Die Stadt zahlt 270 000 Franken mehr Subventionen an die Kunsthalle, um letztlich den Grundstücksgewinn und den privaten Profit der PSP Swiss Property AG zu steigern. Demnach fördern wir nicht primär Kunst, sondern Bodenspekulation mit einem ehemaligen Brauereiareal. Dies weckt in uns Unbehagen und motiviert uns je nachdem zur Enthaltung oder zur Ablehnung in dieser Abstimmung. Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir nicht damit einverstanden sind, dass die Stadt in beliebigem Umfang die gigantische Immobilienspekulation in Zürich-West kulturell verkleistert. Aus demselben Grund haben wir uns auch schon gegen Art in the City Zürich-West ausgesprochen. Speziell dünkt uns ausserdem, dass man es einmal mehr geschafft hat, 5 000 Franken an der Kompetenzgrenze vorbeizurechnen. Den Umzugsbetrag als Einmalbetrag zu deklarieren ist schon eine sehr kreative buchhalterische Leistung zur Vermeidung einer Volksabstimmung. Eine solche Abstimmung wäre jedoch einmal interessant gewesen, um das Verhältnis von Kommerz, Spekulation und Förderung der Kreativwirtschaft aufzuzeigen. Kultur sollte in der Stadt nicht der Knecht von Spekulanten sein.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Auf Antrag des Stadtrats hat der Gemeinderat mitgeholfen, dass das Löwenbräu-Areal für die Kulturnutzung gesichert werden konnte. In der zweiten Hälfte dieses längeren Prozesses mussten wir uns z. T. vehement gegen die Grundeigentümerin wehren, indem wir ihr gegenüber auf die Sicherung des Clusters für zeitgenössische Kunst an diesem Ort bestanden. Diese Entwicklung ermöglicht dank zahlbaren Mieten für die dort ansässigen Institutionen den weiteren Bestand des Clusters. Insofern war es durchaus ein Beitrag gegen die von Niklaus Scherr (AL) angesprochene Spekulation. Die Kunsthalle spielt als Kompetenzzentrum für zeitgenössische Kunst eine zentrale Rolle auf dem Löwenbräu-Areal. Mit den neuen Räumen ist nicht nur eine Ausdehnung der Ausstellungsräume verbunden, sondern auch eine Änderung des ganzen Betriebskonzepts. Im Leitbild der Kulturförderung 2012–2015 haben wir die Mehrkos-*

ten für den Betrieb der Kunsthalle nach dem Wiedereinzug ins Löwenbräu-Areal angekündigt. Eine Erhöhung der Subventionen und ein Einmalbeitrag für den Umzug sind nötig und wurden immer schon ausgewiesen. Gleichzeitig erhöht die Kunsthalle den Eigenfinanzierungsgrad markant von 49 % auf 58 %, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Die Beteiligung von Privaten an der Kunsthalle ist hoch. Die Kunsthalle und das Löwenbräu-Areal sind ein wichtiger Katalysator für den Kreis 5.

Schlussabstimmung zu den Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP)
Abwesend: Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 29 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Mark Richli (SP): *Die Kunsthalle erbringt eine äusserst wichtige Leistung für die zeitgenössische Kunst. Der Einmalbeitrag ist deshalb gerechtfertigt.*

Ruth Anhorn (SVP): *Wir lehnen den geforderten Betrag ab, weil er durch Eigenleistung erbracht werden könnte.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP) i.V. von Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP)
Abwesend: Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 28 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Kunsthalle Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von Fr. 725 000.– um Fr. 270 000.– auf Fr. 995 000.– erhöht.
2. Die Erhöhung des Beitrags erfolgt auf den 1. Juli 2012 und wird im 2012 anteilmässig ausbezahlt.
3. Dem Verein Kunsthalle Zürich wird per 30. September 2012 ein einmaliger Beitrag von Fr. 310 000.– für die Sonderaufwendungen im Zusammenhang mit dem Wiedereinzug ins Löwenbräu bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. August 2012)

E i n g ä n g e

Es liegen keine Eingänge vor.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 22. August 2012, 17.00 Uhr.